

Berlin, 23. Oktober 2019

**Die Präsidentin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, Dr. Marie-Luise Wolff, hat mit Blick auf die heutigen Beschlüsse des Bundeskabinetts die Kritik der Branche am Klimapaket der Bundesregierung bekräftigt:**

"Gerade bei den zentralen Hebeln einer wirksamen Klimapolitik ist das Paket unzureichend. Ein CO<sub>2</sub>-Preis mit Lenkungswirkung muss spürbar sein - die Bundesregierung hingegen will einen Preis, der nichts verändert. Das geht nicht zusammen", sagte Dr. Marie-Luise Wolff in Berlin.

Auch kritisierte die BDEW-Präsidentin die Halbherzigkeit der Bundesregierung mit Blick auf den Strompreis. „Eine dynamische, innovationsgetriebene, wettbewerbliche Energiewende gelingt nur mit niedrigeren Strompreisen“, so Wolff. Die von der Bundesregierung beschlossene Senkung der Stromsteuer sei viel zu gering, hinzu komme die deutliche Erhöhung der EEG-Umlage, die den Steuer- und Abgabenteil beim Strompreis auf ein Rekordniveau schnellen lasse. „Damit gefährdet die Bundesregierung letztlich auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Energiewende und eine konsequente Klimapolitik.“

Nicht zuletzt mit den Beschlüssen zur Windenergie bringe die Bundesregierung die Ausbauziele der Erneuerbaren Energien und damit die Energiewende als Ganzes in Gefahr: „Der Ausbau der Windenergie ist faktisch kollabiert. Die Politik müsste endlich Hemmnisse beim Ausbau der Windenergie abbauen - tut aber das genaue Gegenteil. Konsistente Klimaschutzpolitik geht anders“, so Wolff. Der niedrige Ausbaupfad und die geplante pauschale Abstandsregelung seien ein Rückschlag für den so wichtigen Ausbau der Windenergie. „Dies wird die Energiewende verlangsamen und verteuern“, so Wolff.

**BDEW Bundesverband  
der Energie- und  
Wasserwirtschaft e. V.**  
Reinhardtstraße 32  
10117 Berlin

**Bereich Kommunikation**  
Jan Ulland  
Pressesprecher  
Telefon  
+49 30 300199-1160  
Telefax  
+49 30 300199-4190  
presse@bdew.de  
www.bdew.de